„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 02/2019**

26. Jahrgang **48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. März 2019**

Ernst von Bergmann in die Notaufnahme?

DIE LINKE stellt Antrag zur Evaluierung des Gesamtkonzerns

Der Protest ist nicht ungehört verhallt. Am 30. Januar haben 200 Mitarbeiter des Klinikum Ernst von Bergmann und der Poliklinik laut und nachdrücklich für bessere Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten demonstriert. In Gesprächen mit Vertreterinnen des Betriebsrates haben sich Mitglieder der Fraktion vertieft zur aktuellen Situation verständigt. Im Ergebnis bringt DIE LINKE einen Antrag zur Evaluation des Gesamtkonzerns ein. Wir haben verstanden und nehmen den Auftrag zum Handeln an.

Verschiedene gesetzliche Änderungen auf Bundes- und Landesebene haben die Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH in den vergangenen Jahren vor neue Herausforderungen gestellt. Die Finanzierung des Klinikums, einschließlich seiner der Tochtergesellschaften, ist zunehmend auf Kante genäht. Im Jahr 2013 wurde eine Evaluierung auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ausschließlich hinsichtlich der Zielstellungen und der Begründung für eine unabdingbare Gründung als Tochtergesellschaft am Klinikum durchgeführt, die jedoch die heutigen Gegebenheiten nicht mehr vollständig abzubilden vermag. Die Fraktion DIE LINKE beantragt daher, dass der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates und Gesellschafter des Klinikums eine externe Evaluierung des Gesamtkonzerns veranlassen soll. Auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages und des Leitbildes des Klinikums soll die Evaluierung unterschiedliche Aspekte betrachten. Sowohl die Unternehmens- und Führungskultur, als auch die Transparenz der getroffenen Entscheidungen muss betrachtet werden. Vergangene Strukturveränderungen fanden teilweise unter erheblichem Finanz- und auch Zeitdruck statt, sodass die Mitbestimmung der Mitarbeitenden oft zu wenig Raum bekamen, was in der durchzuführenden Evaluierung nicht der Fall sein soll. Auch die Personalbemessung mit ihrer Einhaltung von Standards und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden muss Thema der Untersuchung sein. Dazu zählt selbstverständlich auch die Frage, wie Arbeitsabläufe besser strukturiert und organisiert werden können. Die Frage der Sicherung unabdingbarer Standards in der Pflege wie auch der ärztlichen Versorgung und möglicher Verbesserungspotentiale soll ebenso Eingang in die Untersuchung finden.

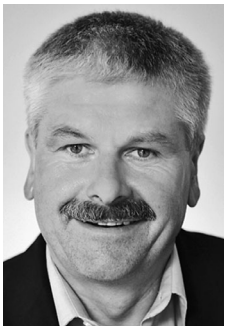


Nur mit einer gesamtheitlichen Evaluierung des Konzerns können bisher durchgeführte Strukturveränderungen im Mutterkonzern aufrechterhalten werden. Auch die Gründung neuer Tochtergesellschaften und damit die Sicherung von Kliniken im ländlichen Raum und die Diskussion um die aktuell anstehenden Tarifverhandlungen hängen von der Finanzierbarkeit durch den Mutterkonzern ab.

In seinem Bericht des Oberbürgermeisters teilte Mike Schubert (SPD) schon zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung mit, er habe den Betriebsrat sowie ver.di zu Gesprächen eingeladen um über die Situation am Klinikum zu sprechen. Das ist ein Anfang. Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit am 06. März, findet die Einbringung des Antrages am Montag statt. Der Rathausreport wird über die weitere Diskussion und Beschlussfassung in einer der kommenden Ausgaben berichten.

Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



Am Aschermittwoch hatte die Stadtverordnetenversammlung eine üppige Tagesordnung zu bewältigen, das aber leider nicht bis 22.00 Uhr geschafft. Mancher Beitrag erinnerte auch an eine Büttenrede, so z.B. die von DER aNDEREN vorgeschlagene „Phrasenschweinregelung“. Den Vogel schoss aber der Fraktionsvorsitzende der SPD ab, als er zum Problem der Plastiken vom Staudenhof völlig überraschend, eigentlich hinterlistig, eine getrennte Abstimmung des ursprünglichen und des vom Kulturausschuss geänderten Antrages beantragte.

Damit stellte er das Ergebnis einer langen Diskussion und einen vom Kulturausschuss empfohlenen Kompromiss wieder in Frage. Vielleicht lag das daran, dass der vermittelnde Vorschlag, die Kunstwerke nur vorübergehend auf dem Neuen Friedhof und perspektivisch dauerhaft im historischen Stadtzentrum, möglichst am neugestalteten Staudenhof, wieder aufzustellen, von der Linksfraktion kam. Infolge dieser, offensichtlich mit der CDU und den Grünen abgestimmten getrennten Abstimmung wurde der Kompromiss abgelehnt und beschlossen, die Plastiken nun doch auf der Freundschaftsinsel aufzustellen, was Herr Heuer dann als einen Irrtum bezeichnete, den man wieder korrigieren will. Statt endlich ein bekanntesProblem zu lösen, wurde leichtfertig ein neues geschaffen. Man könnte nur noch lachen, wenn es denn nicht so ernst wäre.

Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

+++ Votum für die Uferwege +++ Schutz für den "Angergrund" +++

Wortmeldung

Hallo Freunde linker Politik,

nun sind wir fast am Ende der derzeitigen Legislatur der Stadtverordnetenversammlung angekommen. Fünf Jahre Kommunalpolitik liegen fast hinter mir, in denen ich an den immer neuen Herausforderungen stetig gewachsen und immer noch wachse. Die Herausforderung, ein so zeitintensives Ehrenamt, wie das der Kommunalpolitik, neben dem Studium und dem Beruf zu absolvieren, hat Mut und sicherlich



die ein oder andere Entbehrung gekostet, mir aber auch gezeigt, was ich alles schaffen und erreichen kann. Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich mir, für die vor uns liegenden fünf Jahre, mehr Miteinander in der Stadtverordnetenversammlung, zum Wohle aller Potsdamerinnen und Potsdamer wünschen, um demokratische Mehrheitsverhältnisse zu sichern. Aber auch, um zu zeigen, wofür Potsdam weiterhin steht; nämlich für Weltoffenheit und Toleranz gegenüber allen Menschen, die in Potsdam leben wollen, egal welcher Ethnie, Religion oder welchem Geschlecht sie angehören. Wir als Stadtverordnete sind daher weiterhin in der Verantwortung, den Aufruf des Bündnis bekennt Farbe zu unterstützen und damit unsere demokratischen Werte in der Landeshauptstadt Potsdam weiterhin zu verteidigen, um Parteien, die fortwährend die demokratische Grundordnung anzweifeln, nicht zu stärken.

Kati Biesecke

Vorkaufsrecht statt Gentrifizierung

Gentrifizierung ist nicht nur in Potsdam ein bekanntes Problem. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, die Verdrängung aus der Stadt für viele aktuell. So nun auch für die 38 Mieterinnen und Mieter des Hauses Wichgrafstraße 11 in Babelsberg, das momentan zum Verkauf steht. Wohl zu Recht befürchten die dort Lebenden steigende Mieten nach einem Verkauf der 18 Wohnungen zum Höchstpreis an einen neuen Investor. Daher haben sie sich an alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte gewandt, die Stadt Potsdam möge ihr Vorverkaufsrecht ausüben und das Objekt damit der Spekulation entziehen. Damit kann ermöglicht werden, dass sie das Haus selbst als „Dritte“ erwerben und beispielsweise als selbstverwaltete Genossenschaft für sich erhalten. Aus diesem Grund beantragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zu Beginn für die Fraktion DIE LINKE die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrags in die Tagesordnung, was mehrheitliche Zustimmung fand. Mit dem Antrag soll der Oberbürgermeister beauftragt werden zu prüfen, ob die Stadt beim Verkauf der Immobilie das Vorverkaufsrecht ausüben kann. Dadurch könnten in einem stark von Gentrifizierung betroffenen Stadtteil langfristig bezahlbare Wohnungen erhalten bleiben. Durch die Nutzung des Vorkaufsrechts wird den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Potsdam die Möglichkeit eröffnet, mithilfe solidarischer, alternativer, nichtrenditeorientierter Modelle bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Michél Berlin brachte den Antrag für die Fraktion ein und stieß bei den Stadtverordneten mehrheitlich auf Zustimmung. So wurde der Dringlichkeitsantrag mit großer Mehrheit schließlich beschlossen. Bereits im Hauptausschuss am 13. März soll über das Ergebnis der Prüfung informiert werden.

Fragen - Antworten

Instandsetzung der Straße Am Moosfenn

Solveig Sudhoff (DIE LINKE.) erinnert daran, dass im Oktober 2018 bei einer Begehung festgestellt worden ist, dass die Straße Am Moosfenn in der Waldstadt II dringend erneuert werden muss. Es ist mittgeteilt worden, dass damit 2020/2021 begonnen würde. Sie fragt nach, ob nicht auch ein zeitigerer Baustart für eine grundhafte Sanierung möglich ist. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung Bernd Rubelt, schloss dies aus, wies aber darauf hin, dass lediglich eine provisorische Sanierung der Gehwege würde auf Grund des sehr schlechten Zustandes zum Zwecke der Gefahrenabwehr schon im Vorfeld begonnen werden..

Fehlendes Rahmenkonzept

Bereits im Februar vergangenen Jahres fand der Fachtag „Chancengerechtigkeit für alle Kinder der Landeshauptstadt Potsdam“ statt. Die Ergebnisse wurden ausgewertet, Interviews und Expertengespräche geführt, um der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 ein durch Moderation des Deutschen Kinderhilfswerks entstandenes Rahmenkonzept vorzulegen.Dieses Konzept schreibt die Weiterführung des Kampfes gegen Kinderarmut in der Landeshauptstadt Dr. Sigrid Müller (DIE LINKE.) fragt nach den Gründen. Beigeordnete Noosha Aubel verweist in ihrer Antwort darauf, dass mit der Fusion der beiden Fachbereiche Bildung und Jugend festgestellt wurde, dass zwei Konzepte mit hohen Schnittmengen, aber auch einander ergänzenden Ansätzen erarbeitet worden sind, die nun zu einem zusammengeführt werden sollen. Dadurch würde ein deutlicher Qualitätszuwachs erwartet. Dies solle im Mai abgeschlossen sein, um der Stadtverordnetenversammlung im September das finale Rahmenkonzept vorlegen zu können.

Ehrenbotschafter der Stadt Potsdam

Im Rahmen des neu zu erarbeitenden Ehrenamtskonzepts für die Stadt Potsdam sollte der Fanfarenzug zum Ehrenbotschafter der Stadt ernannt werden. Bisher liegt jedoch noch kein Konzept vor, der nächstmögliche Termin zur Ehrung wäre zum Saisonauftakt am 01. Mai. Dr. Scharfenberg (DIE LINKE.) fragt den Oberbürgermeister, wann mit einer Entscheidung zur Ernennung zu rechnen sei. Mike Schubert (SPD) erläutert, dass die Erarbeitung eines solchen Konzepts umfangreicher sei, als landläufig angenommen und stellte eine Ehrung im Rahmen des Ehrenamtspreises im Juni diesen Jahres in Aussicht.

Rauchverbot an öffentlichen Haltestellen

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragt den Oberbürgermeister nach dem Stand der Umsetzung des Rauchverbots an öffentlichen Haltestellen. Schließlich, so Scharfenberg, sei es unter den Fraktionen größtenteils Konsens, dass das Rauchen in den Wartebereichen des ÖPNV für alle Anwesenden

gesundheitsschädlich ist und damit verboten sein sollte. Mike Schubert (SPD) weist jedoch erneut darauf hin, dass ein Verbot in diesen Bereichen durch die Stadt Potsdam nicht ausgesprochen werden kann. Es bliebe lediglich der Weg über Kampagnen in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsbetrieben Potsdam. Die Firma WALL, die die Wartehäuschen der Haltestellen betreibt, habe sich allerdings noch nicht dazu geäußert, ob entsprechende Hinweise angebracht werden können. Schubert versichert jedoch, noch einmal und nachdrücklich bei den Verantwortlichen nachzufragen und darauf hinzuweisen, dass Rauchfreiheit auch an Haltestellen in der Stadt gewünscht ist.

.

Frühfördereinsätze

Gemäß der Frühförderverordnung übernimmt der Sozialleistungsträger Potsdam die Kosten für Frühförderung beispielsweise durch Heilpädagogen im Umfeld von Kindern mit Beeinträchtigungen. Laut neuer Regelung müssen diese Einheiten nun statt 24 Stunden 72 Stunden im Voraus abgesagt werden, um nicht ersatzlos zu verfallen. Diese Frist ist von vielen Betroffenen nur schwer einzuhalten, da Erkrankungen oft auch kurzfristig auftreten. Jana Schulze fragt daher, warum der Absagezeitraum auf 72 Stunden erhöht worden ist? Beigeordneter Burkhard Exner verweist darauf, dass die Heilpädagogen nur mit ausreichend Vorlauf die Möglichkeit haben, die ausfallenden Einheiten anderen Kindern mit Beeinträchtigung zur Verfügung zu stellen. Jana Schulze hakt nach und fordert, dass die ausgefallene Stunde zumindest zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden können sollte. Das Thema soll nun im zuständigen Ausschuss erörtert und nach einer anderen Lösung gesucht werden.

Kostenloses Schulessen

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg möchte vom Oberbürgermeister wissen, wie viele Kinder aktuell am Angebot des kostenlosen Schulessens teilnehmen. Noosha Aubel antwortet darauf sehr konkret mit Zahlen aus dem Herbst/ Winter des vergangenen Jahres. Demnach seien von 6252 Schülerinnen und Schülern, die am Mittagessen in Schulen teilnehmen Potsdam 1495 anspruchsberechtigt, davon würden 1370 das Angebot wahrnehmen, was eine wirklich gute Quote darstellt.

Nutzung des Grundstücks der Deutschen Post

Bekanntermaßen ist die ehemalige Poststelle in der Ziolkowskistraße Am Stern abgerissen worden. Augenscheinlich tut sich etwas auf dem Grundstück, darum fragt Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, welche Pläne es zur Nutzung des Grundstücks gibt? Bernd Rubelt antwortet darauf, dass seit Oktober 2018 tatsächlich ein Bauantrag vorliegt, dieser sich jedoch noch im Prüfverfahren befände und noch keine Baugenehmigung erteilt sei.

Überwiesen

Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden

Michél Berlin bringt den Antrag ein, in dem die Fraktion DIE LINKE. fordert, dass vor der Entscheidung durch die Verwaltung, ob ein Vorverkaufsrecht angewendet werden kann, die Fälle jeweils einem geeigneten Gremium vorzulegen sind, sodass eine politische Beteiligung an den Entscheidungen gewährleistet werden kann. Nach längerer Diskussion, in der dem Vorhaben ein zu hoher Aufwand unterstellt wird, der bei der Kürze der Zeit bis zum notwendigen Fällen der jeweiligen Entscheidungen nicht zusätzlich zu bewältigen sei, wurde der Antrag mehrheitlich zur weiteren Prüfung in den Hauptausschuss überwiesen.

Kinderbauernhof

Den Medien war zu entnehmen, dass dem Kinderbauernhof in Groß Glienicke der Abriss die Schließung droht. Verschiedene Baugenehmigungen sind seien nie erteilt worden, so die Position der Verwaltung. Doch der Bauernhof wird durch die Familien und vor allem durch die Kita Spatzennest sehr gut angenommen. Darum Im Bemühen um den Erhalt dieses besonderen Angebots stellte DIE LINKE. einen gemeinsamen Antrag mit dem Bürgerbündnis FDP und die aNDERE, dass die alle Möglichkeiten des Gesetzes genutzt werden sollen, um diese Versäumnisse im Nachhinein auszugleichen und richtig zu stellen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich in den Bau- sowie Hauptausschuss und den Ortsbeirat Groß Glienicke überwiesen.

Durch Verwaltungshandeln

Mustergesellschaftsvertrag

DIE LINKE. forderte schon vor Längerem in einem Antrag durch einen Mustergesellschaftsvertrag die Rechte der Aufsichtsräte städtischer Unternehmen zu stärken. Die Verwaltung hat die dazu von der Fraktion unterbreiteten Änderungsvorschläge in den neuen Mustergesellschaftsvertrag aufgenommen, so dass dieser Antrag ist nun für durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden konnte.

Kita in der Waldstadt II

Zur Verringerung der Inanspruchnahme des Waldgebietes in der Waldstadt Süd stellte Die LINKE. den Antrag, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der geplante Neubau einer Kita im unmittelbaren Umfeld, im Brunnenviertel erfolgen kann. Nach längerer Diskussion wurde diese Möglichkeit bestätigt. Dieser Antrag ist nun durch Verwaltungshandeln erledigt.

ICAN Apell zur Abschaffung von Atomwaffen

Die atomare Bedrohung steht in diesen Zeiten immer wieder latent im Raum. Das Handeln einiger politischer Akteure erfordert deutlich wie nie Zeichen gegen die stetige Aufrüstung mit Atomwaffen. Die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN hat aus diesem Grund nun einen internationalen Städteapell initiiert. Denn Städte sind von dieser Bedrohung direkt betroffen, wären sie doch das Ziel eines solchen Angriffs. Die nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen um Menschen und Infrastruktur einen möglichst großen Schaden zuzufügen. Daher hält ICAN eine Positionierung der Städte für besonders wichtig. In dem Apell heißt es, die Stadt Potsdam sei fest davon überzeugt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von solcher Art Bedrohungen haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen sei abzulehnen, da er katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen würde. Der Apell fordert die Bundesregierung nachdrücklich zum Beitritt auf. Der gemeinsame Antrag zur Unterzeichnung des Apells durch den Oberbürgermeister von Bündnis 90 die Grünen, DIE LINKE., SPD und die aNDERE wurde von den Grünen noch vor der Pause eingebracht, um im Anschluss im Blauen Salon vom Oberbürgermeister im Beisein der Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet zu werden. Nach Marburg, Wiesbaden und Mainz ist Potsdam nun die vierte Stadt in Deutschland, und die erste im Osten des Landes, die diesen für eine friedliche Welt wichtigen Apell der Kampagne ICAN unterzeichnet hat. Der Antrag wurde durch die Stadtverordneten mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen von der CDU angenommen. Die Stadt Potsdam sendet damit ein starkes Zeichen für die Abrüstung von Atomwaffen und ein friedlicheres Miteinander nach außen.

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr
18. und 25. März 2019; 01., 08. und 29. April; 06. Mai 2019
- Osterferien vom 15.04. bis 26.04.2019 -

49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
03. April 2019, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live
07. April 2019, Beginn 10 Uhr
Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Am Stern

Ausgabe „Rathausreport" Nummer 3/2019
11. bis 16. April 2019 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen
11. und 12. April 2019
Mit Ausgabe des „Rathausreport" und Informationen zu den Ergebnissen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. April 2019

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
am 20. März 2019 ab 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Voranmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331-6005069 oder Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Rathausreport live

Frühschoppen am Glienicker See

Zum jüngsten politischen Frühschoppen „Rathausreport live" in Auswertung der 48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. März 2019 hatten am Sonntag, 10. März, der Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, die Geschäftsführerin der LINKEN-Fraktion, Dr. Sigrid Müller, sowie der Groß Glienicker Stadtverordnete der LINKEN Peter Kaminski nach Groß Glienicke eingeladen. Das dortige Begegnungshaus hatte dazu seine Pforten an diesem Vormittag geöffnet. Unter den Gästen waren auch der Ortsvorsteher Winfried Sträter und seine Stellvertreterin, Birgit Malik (Foto links).





Dr. Scharfenberg hatte zu Beginn noch einige gesamtstädtische Themen auf seinem Tapet. So das Rauchverbot an Haltestellen; kostenloses Schulessen für Bedürftige; Rückzahlung unberechtigt erhobener KITA-Beiträge. Dann ging's um die Situation rund ums Klinikum Ernst von Bergmann (siehe auch Seite 1 dieses „Rathausreports"). Ein Thema, das natürlich auch die Ortsteile interessiert. Dr. Scharfenberg informierte darüber, dass ein die Stelle einer/eines „Uferwegsbeauftragten" wieder neu besetzt werden soll. Und schließlich berichtet er über die Planung der Weiterführung der Straßenbahntrasse bis Krampnitz und Fahrland. Mit dem Thema Straßenbahnerweiterung traf der Frühschoppen mindestens eines der für den Potsdamer Norden, also auch für Groß Glienicke, wichtigen Themen. Einige Gäste erzählten ihre ganz aktuellen persönlichen Erlebnisse an der „Umsteigehaltestelle" am Campus Jungfernsee – über verpasste Anschlüsse, über Warten bei Wind und Wetter etc. Die Menschen seien gezwungen, wieder mit dem eigenen Auto zu fahren. Das sei wohl nicht im Sinne des „Erfinders", so eine Bürgerin. Die anwesenden Politiker der SVV wie des Ortsbeirates waren sich einig: Die Umsteigesituation muss erträglicher werden. Und Durchläuferbusse müssen wieder fahren. Nur so könne die umweltfreundliche Losung „mehr ÖPNV – weniger Stau" mit Leben erfüllt werden.

Ein Thema, das Alt und Jung gleichermaßen in Groß Glienicke beschäftigt, ist der Erhalt des Kinderbauernhofes. Dr. Scharfenberg erläuterte, was aus seiner Sicht getan werden müsse, um den Hof erhalten zu können. Vorher hatte Michael Fruth, der Eigentümer des Hofes, verzweifelt über seine unerträglichen Sorgen berichtet. Die Teilnehmer waren sich einig: Der Kinderbauernhof ist erhaltenswert. Es gibt nichts Vergleichbares in Potsdam. DIE LINKE und der Ortsbeirat appellierten an Michael Fruth durchzuhalten. Peter Kaminski erklärte, dass er am Montag, 11. März, einen diesbezüglichen Gesprächstermin mit dem Baubeigeordneten habe. Der Weg gehe in die Richtung, dass der betreffende B-Plan 19 erweitert werden müsse, um Rechtssicherheit herzustellen.
Abschließend wurden noch die Wildunfälle auf der B2 angesprochen. Was kann man tun, damit schnell das Problem zumindest gemindert wird. Auch hier waren sich die Teilnehmer einig: Eine durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h wäre eine Zwischenlösung, bis dann entsprechende Wildzäune installiert sind. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion bereits in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19
Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.